

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Felix Reifschneider (FDP)

vom 20. Juli 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 25. Juli 2022)

zum Thema:

Parkraumbewirtschaftung in Friedrichshain-Kreuzberg

Bezug zu: 19/12273

und **Antwort** vom 04. August 2022 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 08. Aug. 2022)

Senatsverwaltung für
Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz

Herrn Abgeordneten Felix Reifschneider (FDP)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/12687
vom 20. Juli 2022
über Parkraumbewirtschaftung in Friedrichshain-Kreuzberg
Bezug zu: 19/12273

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Verwaltung:

Die Schriftliche Anfrage betrifft zum Teil Sachverhalte, die der Senat nicht aus eigener Zuständigkeit und Kenntnis beantworten kann. Er ist gleichwohl um eine sachgerechte Antwort bemüht und hat daher das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin um Stellungnahme gebeten, die in der Antwort an den entsprechend gekennzeichneten Stellen wiedergegeben wird.

Frage 1:

Wie viele Serviceparkausweise für Hebammen und ambulante Pflegekräfte sind seitens des Bezirksamts in den letzten drei Jahren ausgestellt bzw. wie viele Anträge sind abgelehnt worden?

Antwort zu 1:

Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg teilte mit, dass dieser Sachverhalt nicht statistisch erfasst wird, da eine Aufschlüsselung in Berufsgruppen nicht möglich ist. Es sind jedoch zahlreiche Pflegedienste im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg ansässig. Diese verfügen alle über Ausnahmegenehmigungen für ihre Fuhrparkautos zum ambulanten Pflegen. Es werden gemäß Leitfadens lediglich Fahrzeuge abgelehnt, die zur Pflege eingesetzt werden sollen, aber keine Kleinwagen im Sinne des Leitfadens und der entsprechenden Gerichtsurteile (Urteil VG 11 K 500.15 vom 09.05.2016 und Urteil VG 11 K 174.16 vom 29.03.2017) sind.

Zudem wurde mitgeteilt, dass die ansässigen Hebammen ebenfalls über Ausnahmegenehmigungen verfügen. Ablehnungen sind nicht bekannt. Da nicht nach Berufsgruppen erfasst wird, kann keine Aussage zur Anzahl getroffen werden.

Frage 2:

Wie viele Gästevignetten sind seitens des Bezirksamts in den letzten vier Jahren ausgestellt bzw. wie viele Anträge sind abgelehnt worden?

Antwort zu 2:

Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg teilte mit, dass dies nicht statistisch erfasst wird.

Frage 3:

Wie viele Betriebsvignetten sind seitens des Bezirksamts in den Jahren 2019 und 2021 ausgestellt bzw. wie viele Anträge sind abgelehnt worden?

Antwort zu 3:

Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg teilte mit, dass im Jahr 2019 1.483 Ausnahmegenehmigungen in Form von Betriebsvignetten erteilt wurden und die Ablehnungen statistisch nicht mehr nachvollzogen werden können. Im Jahr 2020 wurden 1.409 Ausnahmegenehmigungen in Form von Betriebsvignetten erteilt und 47 Anträge abgelehnt. Im Jahr 2021 wurden 1.346 Ausnahmegenehmigungen in Form von Betriebsvignetten erteilt und 62 Anträge abgelehnt.

Frage 4:

Wieso wird das Merkmal „Mitglied einer CarSharing-Organisation“ im Fachverfahren nicht erfasst, obwohl der Antrag für einen Bewohnerparkausweis eine entsprechende Abfrage inkl. der Aufforderung zur Vorlage eines CarSharing-Vertrags u.ä. enthält?

a. Wie werden diese Angaben zur Mitgliedschaft in einer CarSharing-Organisation verarbeitet?

Antwort zu 4:

Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg teilte mit, dass keine statistische Erfassung im Fachverfahren möglich ist. Die Unterlagen sind nötig, um zu prüfen, ob in diesen Fällen ein Bewohnerparkausweis ohne feste Zuordnung zu einem bestimmten Fahrzeug ausgestellt werden muss.

Die Angaben zur Mitgliedschaft in einer Carsharing-Organisation werden laut dem Bezirk als Anlage im Vorgang verarbeitet.

Frage 5:

Welche weiteren Informationen gibt es ggf., die für das Verständnis der in dieser Anfrage erörterten Sachverhalte relevant sind?

Antwort zu 5:

Keine.

Berlin, den 04.08.2022

In Vertretung
Markus Kamrad
Senatsverwaltung für
Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz